

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay. – Bitte schön, Herr Kollege Dr. Maelzer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich wollte damit nicht nur demonstrieren, dass die SPD noch hellwach ist, sondern vor allem eine Frage zu Zahlen stellen, weil Sie da anscheinend nicht ganz sattelfest sind. Wären Sie denn bereit, zur Kenntnis zu nehmen oder auch zu bestätigen, dass 2010, also unter der damaligen schwarz-gelben Landesregierung, 1.100 Polizeibeamtinnen und -beamte eingestellt wurden und zuletzt unter Rot-Grün 2.000, was einer Steigerung von 900 entspricht?

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herbert Reul, Minister des Innern: Bei solchen Zahlen ist es immer schön, wenn man sich die gesamten Zahlenreihen anguckt, also auch die fünf Jahre vorher. Dann werden Sie feststellen, dass diese CDU/FDP-Regierung aufgestockt hat, weil Sie vorher reduziert hatten. Das ist nämlich die Sachlage.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Sie wollen ja auch alle Informationen haben.

(Zurufe von der SPD)

– Sie müssen nur zuhören. Sonst versteht man es so schlecht. – Die Einschätzung, dass die Bundespolizei flexibel eingesetzt wird, halte ich für richtig und vernünftig. Wie ich eben schon gesagt habe, war es auch vernünftig, sie sehr stark im Süden Deutschlands zu platzieren.

Aber im Gegensatz zu den öffentlichen Debatten, die wir hier führen, habe ich vor zwei Wochen mit Herrn de Maizière gesprochen und ihn darauf hingewiesen, dass nach meiner Einschätzung irgendwann auch einmal der Zeitpunkt gekommen ist, zu sagen: Diese Schwerpunktsetzung ist jetzt nicht mehr notwendig, weil der Druck an diesen Grenzen nicht mehr so groß ist.

Dann kann man auch wieder zu anderen Schwerpunkten kommen. Das können Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen sein. Das sind aber auch – und das wird von Ihnen vergessen – zum Beispiel die deutsch-belgische und die deutsch-niederländische Grenze. Auch das muss bedacht werden.

Ich stimme in der Analyse zu und glaube, dass der Zeitpunkt reif ist, dass die Frage des Einsatzes – wo man die Bundespolizei einsetzt; nicht die Menge; das ist Mathematik, die hier falsch am Platz ist; es geht darum, wie man sie einsetzt – jetzt neu gewichtet werden muss und deshalb die Notwendigkeit besteht, auch an diesen Stellen zu Veränderungen zu kommen. Ich habe den Eindruck, dass das bei meinem Kollegen in Berlin genauso gesehen wird. – Merci.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Damit können wir zur Abstimmung kommen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/510** an den **Innenausschuss**; die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist gegen die Überweisungsempfehlung? – Wer möchte sich enthalten? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu der Überweisungsempfehlung fest; sie ist damit angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

19 Gesetz zur Änderung der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung – BauO NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/493

erste Lesung

In Verbindung mit:

Vernunft statt Vergangenheit: Finger weg von der neuen Landesbauordnung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/512

Ich eröffne die Aussprache und erteile zur Einbringung des Gesetzentwurfs für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir legen Ihnen heute den Gesetzentwurf für ein Moratorium bei der Landesbauordnung vor. Dabei geht es um ein Aufschieben um zwölf Monate. Sprich: Das alte Recht wird bis zum 1. Oktober 2018 weiter gelten, sofern der Landtag in Beratung und Beschlussfassung dem Gesetzentwurf der Landesregierung folgt.

In der Zeit bis dahin werden wir ein Gesetz erarbeiten, um die Änderungen, die wir im Koalitionsvertrag verabredet haben, dann auch zur Umsetzung zu bringen.

Sie haben heute schon sehr breit und intensiv über die Frage des bezahlbaren Wohnens debattiert. Ich greife das auch gerne auf. Ohne Bauland kein Wohnungsbau, ohne bezahlbares Bauland kein bezahlbarer Wohnungsbau, und ohne bezahlbaren Wohnungsbau keine bezahlbaren Mieten. Diese Kette setzt sich also fort. Deswegen werden wir von Beginn an mit den Problemen, die wir in Nordrhein-Westfalen auch in den Städten und Gemeinden haben, miteinander ins Gespräch kommen.

Das betrifft die Frage von Grundstücksverfügbarkeiten, die Sie durch den Landesentwicklungsplan, den Sie noch auf den Weg gebracht haben, für viele Städte und Gemeinden eingeschränkt haben. Es geht um die Frage, wie schnell es denn gelingt, überhaupt Bebauungsplanungsrechte in den Städten und Gemeinden zu schaffen, und um die Frage der eigentlichen Planung und Genehmigung.

Das wird zentraler Gegenstand im Zusammenhang mit der angestrebten Änderung der Landesbauordnung sein. Wir schieben es deswegen um zwölf Monate auf, weil wir diese Zeit benötigen, um mit den Vereinen, Verbänden und Organisationen in das Gespräch über Änderungen zu kommen.

Wir haben damit in der Sommerpause schon begonnen: von A wie Architektenkammer über M wie Mieterschutzbund und S wie Sozialverbände bis Z wie Zentraler Immobilienausschuss; der folgt noch.

Wir sammeln diese ganzen Anregungen, sowohl positive als auch negative, und führen sie in einem Gesamtbild zusammen. Denn wir wollen ein Klima für Neubau in Nordrhein-Westfalen schaffen. Ohne dieses Klima für Neubau wird es nicht gelingen, mehr Wohnungen zu bauen.

Nur mit einer Verbreiterung des Mietwohnungsangebots werden wir letztlich auch Mieterinnen und Mieter stärken.

Kein anderes Instrument ist wirksamer als die Verbreiterung des Mietwohnungsangebotes; denn darüber wird die Position von Mieterinnen und Mietern am Mietwohnungsmarkt nachhaltig gestärkt werden.

Das Moratorium zur Landesbauordnung ist ein erster Schritt dazu. Wir freuen uns auf die Beratungen mit Ihnen im Landtag Nordrhein-Westfalen. – Ich darf Ihnen für die Aufmerksamkeit danken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Philipp das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Sarah Philipp (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte

Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin Scharrenbach, Sie haben uns heute den Gesetzentwurf für die Änderung der Landesbauordnung und das Moratorium vorgelegt. Wir sind natürlich nicht begeistert davon, dass wir uns heute damit auseinandersetzen müssen, weil wir dieses Moratorium ablehnen.

Am meisten hat mich aber verwundert, dass Sie in Ihrem Redebeitrag so getan haben, als hätten wir die letzten Jahre und Monate bis zum Dezember 2016 mit keinem Verband und keinen Experten gesprochen und der rot-grüne Entwurf wäre sozusagen aus der Luft entstanden. Da muss ich doch deutlich gegenreden.

Denn als wir uns im vergangenen Dezember letztendlich mit der Landesbauordnung im Parlament beschäftigt haben, ging es den meisten, die dabei waren, sicherlich so wie mir: Wir waren froh darüber, dass ein langer Prozess endlich zum Ende gekommen war und wir das Gesetz, auf das viele sehr lange gewartet hatten, endlich zum Abschluss bringen konnten. Es war am Ende – da waren sich alle einig – ein guter, akzeptabler Konsens für alle Beteiligten nach fast zweijähriger, sehr breiter Abstimmung.

Seit Bekanntwerden des ersten Referentenentwurfs hatte sich schon eine ganze Menge an diesem Gesetzentwurf getan; das muss man an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen. Es wurden Verbände einbezogen und angehört; eine ressortübergreifende Normenprüfstelle wurde beteiligt; die Landesbehindertenbeauftragte wurde natürlich genauso zurate gezogen wie die Clearingstelle Mittelstand.

Alles das hat am Ende dazu geführt, dass das Echo der beteiligten Verbände – das sollten Sie nicht kleinreden oder so tun, als wäre es nicht so gewesen – und der Interessengruppen in der abschließenden Landtagsanhörung überwiegend positiv war. Die Fortentwicklungen der Landesbauordnung sind so, wie sie momentan noch vorliegen, auch mit allen Akteuren abgestimmt gewesen.

Umso unverständlicher ist es deshalb für uns, dass wir nun, nur einige Monate später, wieder hier stehen und die neue Landesregierung alle diese Ergebnisse offensichtlich komplett infrage stellt.

Das Moratorium, das die Ministerin vor der Sommerpause verkündet hat, ist ein Paradebeispiel für ideologisches Handeln; das muss man ganz klar sagen.

(Beifall von der SPD)

Denn das hat mit Sachverstand nicht sehr viel zu tun.

Das Schlimme ist, dass wir – das hat der Ausschuss letzte Woche leider auch nicht erfahren dürfen – immer noch nicht wissen, wie es denn jetzt mit der Landesbauordnung genau weitergehen soll. Wie ist der Zeitplan? Welche Punkte sollen eigentlich konkret geändert werden?

Das Einzige, was Sie, Frau Ministerin, was CDU und FDP mit diesem Moratorium herbeiführen, ist große Verunsicherung. Das führt dazu, dass Investitionen aufgeschoben werden. Wenn Sie auf Nachfrage immer noch nicht sagen können, was genau geändert werden soll, verstehen wir einfach nicht, warum Sie dieses Moratorium nicht besser inhaltlich vorbereitet haben, wenn es denn angeblich so wichtig ist.

(Beifall von der SPD)

Diese Hängepartie ist wirklich nicht zu akzeptieren. Dieses Moratorium ist am Ende genau das Gegenteil der von Ihnen immer propagierten Entfesselungs-idee für Nordrhein-Westfalen.

Schaut man sich an, was die Landesbauordnung alles regelt und was neu geregelt wird, was wir in der SPD-geführten Landesregierung fortentwickelt haben, bekommt man sehr schnell einen Eindruck davon, was Sie hier gerade mit dem Moratorium anrichten.

Wir haben eine zeitgemäße Verbesserung bei der Barrierefreiheit geschaffen und damit die UN-Menschenrechtskonvention für Menschen mit Behinderung ernst genommen. Das können Sie nicht ignorieren. Sie müssen einen anderen Vorschlag vorlegen.

Wir haben Klarstellungen beim Brandschutz vorgenommen und damit mehr Sicherheit geschaffen.

Wir haben das Bauen mit Holz erleichtert – eine ganz wichtige Neuerung – und somit ökologisches und klimafreundliches Bauen gefördert.

Wir haben die Zuständigkeit für die Stellplatzvorschriften dahin gelegt, wo sie aufgrund der entsprechenden Fachkenntnis gut aufgehoben ist, nämlich in die Kommunen.

Wir haben Verfahrensregeln gestrafft.

Wir haben die Erhebung der Zahl von angebotenen und vorgehaltenen Wohnungen für Menschen mit Behinderung in den Kommunen beschlossen. Wir wollen, dass diese Zahlen schnell erhoben werden, damit wir Klarheit haben.

Wir haben die Einsetzung einer Facharbeitsgruppe im Bauministerium vorangetrieben, an der sich auch Verbände verschiedenster Art beteiligen, um vorwärtszukommen und die neue Landesbauordnung auch Schritt für Schritt evaluieren zu können.

Wir haben dafür gesorgt, dass praktikable und wirtschaftlich vertretbare Lösungen für die technischen Baubestimmungen für rollstuhlgerechte Wohnungen erarbeitet werden können.

Das war uns wichtig, und das muss auch weiterhin wichtig bleiben.

Deswegen fordern wir die Landesregierung mit unserem Antrag heute auf, von einem Moratorium für die

Landesbauordnung unverzüglich Abstand zu nehmen, die neue Landesbauordnung damit zur Wirkung kommen zu lassen und einen geordneten und gewissenhaften Evaluierungsprozess zu vollziehen, wie er nach fachlichen und seriösen Maßstäben in diesem inhaltlichen Zusammenhang geboten ist.

Lassen Sie also bitte die Finger von der neuen Landesbauordnung. Wir lehnen dieses Moratorium ab. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Philipp. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Kollege Schruppf das Wort. Bitte schön.

Fabian Schruppf (CDU) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kollegin Philipp, ich fange einfach einmal so an: Nur weil ein Prozess lange dauert und aufwendig war, heißt das nicht, dass das erzielte Ergebnis nicht durch ein noch besseres Ergebnis ersetzt werden kann.

(Sarah Philipp [SPD]: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Insofern wird das, was die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag von den Koalitionsfraktionen fordert – das wird Sie sicherlich nicht überraschen –, unsere Zustimmung nicht finden. Christdemokraten und Freie Demokraten haben beide vor der Landtagswahl unmissverständlich klargemacht, dass wir die Landesbauordnung noch einmal überarbeiten werden. Folgerichtig haben wir das in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben und werden es jetzt nun auch ganz genau so machen.

Warum müssen wir die Landesbauordnung noch einmal angehen? Bei uns in Nordrhein-Westfalen besteht zwischen 2016 und 2020 nach Modellrechnungen des Ministeriums und der NRW.BANK ein Neubaubedarf von insgesamt 400.000 Wohneinheiten. Das bedeutet einen jährlichen Neubaubedarf von 100.000 Wohnungen.

Laut IT.NRW wurden in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen jährlich aber nur durchschnittlich rund 36.000 neue Wohnungen gebaut. Stellt man jetzt den jährlichen Bedarf der Anzahl der tatsächlich in den vergangenen Jahre gebauten Wohnungen gegenüber, ergibt das eine Differenz von ca. 64.000 Wohnungen jährlich, die wir dringend benötigen, die uns aber fehlen.

Hier wollen wir ansetzen und diese ganz erhebliche Differenz schnellstmöglich verringern.

Dazu müssen wir zuerst schauen, wie wir das Baugenehmigungsverfahren beschleunigen können. Wer baut, will damit schnell vorankommen und nicht

von der Genehmigungsbehörde ausgebremst werden. Also müssen Bauanträge zügig bearbeitet und genehmigt werden. Jede Verzögerung wirkt hier kostentreibend auf den Wohnungsbau und führt dadurch letztlich auch zu höheren Mieten.

Es ist in meiner Heimatstadt und in anderen Städten leider kein Einzelfall, dass Bauanträge bis zu neun Monate bei den Ämtern liegen, bis sie beschieden werden. Dieser Stillstand geht nicht nur zulasten von Investoren, sondern auch zulasten der Menschen, die dringend eine neue Wohnung benötigen.

Durch die Einführung verbindlicher, aber auch transparenter Bearbeitungsfristen wollen wir dem klar entgegenwirken. Zugleich wollen wir die Kommunen bei der Einführung digitaler Instrumente im Baugenehmigungsverfahren unterstützen, um so auch verwaltungsinterne Abstimmungsprozesse und Abläufe zu beschleunigen.

Aber auch politische Entscheidungen und Vorgaben haben das Bauen in Nordrhein-Westfalen – wir haben ja ausführlich darüber diskutiert – in den letzten Jahren deutlich teurer gemacht.

Die im Dezember 2016 von Rot-Grün verabschiedete Landesbauordnung wird dem Ziel der Stärkung des Wohnungsbaus eben nicht so gerecht, wie es sein sollte. Folgerichtig wird ihr Inkrafttreten daher um zwölf Monate verschoben.

Diese Zeit werden wir intensiv dazu nutzen, die einzelnen Vorschriften zu überprüfen und da, wo es nötig ist, zu ändern. Dabei kann ein Blick in andere Bundesländer möglicherweise hilfreich sein, ebenso ein Blick auf die Musterbauordnung. Uns ist nicht begreiflich, warum vieles, was in anderen Bundesländern sehr gut funktioniert, nicht auch Inspiration für uns sein kann.

Zugleich wollen wir den Verlust von bestehendem Wohnraum verhindern. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Wohngebäude mit Bestandsschutz beim Ersatzneubau an gleicher Stelle und in gleicher Größe neu errichtet werden dürfen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, gerade in den Ballungsräumen, um hier den dringend benötigten Wohnraum zu erhalten und auszubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Landesbauordnung innerhalb nur eines Jahres in diesen und möglicherweise weiteren zentralen Punkten zu ändern, ist ein ehrgeiziges Ziel. Aber wir haben unser Ziel klar vor Augen, und wir werden das hinbekommen – für mehr Wohnungsbau und bezahlbare Mieten.

Ich freue mich auf die weitere Diskussion mit Ihnen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schruppf. – Als nächster Redner hat für

die Fraktion der FDP der Abgeordnete Paul das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die rot-grüne Landesbauordnung macht das Bauen teurer. Das wollen wir nicht. Wir wollen Bauen schneller und günstiger machen, als es unter Ihrer Landesbauordnung möglich wäre. Daher hat die neue Landesregierung noch vor der Sommerpause beschlossen, die von Ihnen geänderte Landesbauordnung noch einmal auf den Prüfstand zu stellen.

Liebe Kollegen, durch das Moratorium gewinnen wir alle noch einmal etwas Zeit, um uns hier und besonders in den Ausschüssen sachlich und fachlich mit der vielfältigen Kritik an den rot-grünen Plänen auseinanderzusetzen. Ich weiß gar nicht, auf welcher Welt Sie leben,

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

wenn Sie meinen, dass das überwiegend begrüßt worden sei.

(Jochen Ott [SPD]: Mehr als Haus & Grund, Herr Kollege!)

Überlegen Sie einmal, wie viel Kritik es seinerzeit gab. Das war im ganzen Land zu hören.

(Jochen Ott [SPD]: Von wegen!)

Es ist erstaunlich, zu sagen, dass diese rot-grüne Landesbauordnung allenthalben begrüßt worden sei.

(Jochen Ott [SPD]: Für Sie war nur die Freistellung wichtig!)

Den Gesetzentwurf der Landesregierung können wir Freie Demokraten nur unterstützen. Die Landesregierung setzt damit das um, was unsere Parteien vereinbart haben. Fabian Schruppf hat das deutlich gemacht.

Den Antrag der SPD, auf das Moratorium zu verzichten und die rot-grüne Landesbauordnung in Kraft treten zu lassen, können wir nur ablehnen. Denn wir fühlen uns hier verantwortlich für die Wohnungssuchenden im Land, für die Bauwilligen, für alle jene Menschen, die sich Wohneigentum als Altersvorsorge bilden wollen.

Die NRW-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, das Bauen zu entbürokratisieren, Baukostensteigerungen abzuwenden und die Digitalisierung der Baugenehmigungsverfahren zu fördern.

Die von der abgewählten rot-grünen Landesregierung beschlossene Landesbauordnung ist genau das Gegenteil.

Mein Vorgänger als baupolitischer Sprecher der Freien Demokraten, der geschätzte Holger Ellerbrock, hat in der entsprechenden Debatte – es ist erst wenige Monate her –

(Sarah Philipp [SPD]: Allerdings!)

im Dezember vergangenen Jahres Folgendes dazu gesagt – ich zitiere ihn –:

„Diese Landesbauordnung hat den Kurznamen ‚bau‘, sie ist nämlich ‚b‘ wie bürokratisch, ‚a‘ wie anfällig für den Nachbesserungsbedarf und ‚u‘ wie undurchdacht.“

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit hatte Holger Ellerbrock damals wie heute recht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir alle sind uns doch einig, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum in Nordrhein-Westfalen brauchen.

(Jochen Ott [SPD]: Ellerbrock hat es durchgesetzt! Richtig!)

Dazu brauchen wir aber auch eine Landesbauordnung, die das Bauen vereinfacht und vergünstigt und eben nicht verteuert, verkompliziert oder gar ausbremst, wie das Ihre Landesbauordnung vorsieht.

Gerade gestern kam die Meldung vom Bauindustrieverband NRW, dass dieser Wirtschaftszeig gegenwärtig kräftig brummt. Der Auftragsbestand wuchs im ersten Halbjahr um mehr als 17 % auf fast 6 Milliarden € – eigentlich eine tolle Nachricht, kämen die Ämter mit den Genehmigungen hinterher.

(Jochen Ott [SPD]: Also das trotz Rot-Grün! Wahnsinn!)

Beate Wiemann, die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes, sagte:

„Die öffentliche Verwaltung hält mit der aktuellen Baukonjunktur nur in Einzelfällen mit. Genehmigungsverfahren für preisgünstige Wohnungen, ... gestalten sich momentan zäh wie Gummi.“

Wir meinen: Das ist vor allem für die privaten Bauherren ein unzumutbarer Zustand – besonders dann, wenn die Baukosten dadurch weiter steigen. Die rot-grüne Landesbauordnung würde da keine Abhilfe schaffen, sondern die Situation für Bauwillige weiter verschärfen.

Die heutige Pressemitteilung der Grünen zitiert den Kollegen Arndt Klocke wie folgt:

„CDU und FDP hingegen bauen massiv Standards ab und ignorieren die Bedarfe der Menschen.“

Wo machen wir das denn? Vielleicht können die Kollegen der Grünen, die hier ja nur noch spärlich vertreten sind, das beantworten. Jetzt stelle ich einmal

von hier vorne eine Frage: Wo bauen wir denn bauliche Standards ab?

Dann werfen Sie uns noch vor, wir würden Bedarfe ignorieren. Sie kennen doch die Bedarfe am Wohnungsmarkt gar nicht. Ihre Kritik ist daher einfach nur peinlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von Jochen Ott [SPD] und Sarah Philipp [SPD])

Der Sachverständige Lutz Pollmann von den Baugewerblichen Verbänden Nordrhein hat in der Anhörung zur Landesbauordnung zutreffend ausgeführt – ich zitiere ihn –:

„Dann sollen doch diejenigen, die es formuliert haben, zumindest auch mal mitteilen, wie hoch der Bedarf ist, und Zahlen vorlegen. Uns“

– so der Sachverständige –

„dürfen Sie da nicht fragen. Wir bauen Ihnen gerne eine barrierefreie und rollstuhlgerechte Wohnung; gar kein Thema.“

Herr Pollmann hat recht. Die Regierung muss ihr Handeln mit Zahlen und Fakten hinterlegen und das begründen. Sie von den Grünen haben das nicht gemacht. Sie haben willkürlich eine landesweit flächendeckende Quote eingeführt, die mit Sicherheit dem spezifischen Bedarf der Menschen in der Fläche des Landes, in den unterschiedlichen Regionen nicht gerecht wird.

(Beifall von der FDP)

Heute schüren Sie dann Ängste. Das ist unredlich.

(Jochen Ott [SPD]: Ein Schlag ins Gesicht der betroffenen Menschen!)

Ich sage Ihnen und auch den Sozialverbänden zu: Wir Freie Demokraten stehen für eine bedarfsgerechte Wohnungsbaupolitik. Wir werden uns mit den Anliegen aller – auch denen der Sozialverbände – sehr intensiv auseinandersetzen.

(Jochen Ott [SPD]: Verabschiedung von der Inklusion!)

Wir sind bereits im Gespräch. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Das Moratorium ist einfach der beste Weg, um die drohende Verteuerung des Bauens in NRW noch aufzuhalten.

(Unruhe – Glocke)

Die Kollegen von der SPD fordern in ihrem heutigen Antrag, ganze Regelungsbereiche – Barrierefreiheit, Brandschutz, Abschaffung des Freistellungsverfahrens, Straffung von Verkehrsregelungen,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Stärkung der staatlich anerkannten Sachverständigen, mehr Verbraucherschutz für private Bauherren – vom Moratorium auszunehmen. Diese Bereiche erklären Sie sozusagen für sakrosankt. Aber das macht doch gar keinen Sinn, werte Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen uns doch mit der gesamten Landesbauordnung auseinandersetzen.

(Jochen Ott [SPD]: Das werdet Ihr aber nicht in einem Jahr schaffen! Was denn jetzt? – Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Wir Freie Demokraten halten ein Moratorium, also einen zeitlichen Aufschub, für das einzige geeignete Mittel,

(Jochen Ott [SPD]: Mit allen Beschäftigten in einem Jahr?)

um sich der berechtigten vielfältigen landesweiten Kritik auch der Sozialverbände an der rot-grünen Landesbauordnung anzunehmen und dieses Gesetz zu verbessern. Einzelne Teilbereiche auszunehmen, wie die Sozialdemokraten verlangen,

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

widerspräche dem Anspruch der neuen NRW-Koalition, gründlich und nachhaltig zu arbeiten. Ich bitte auch Sie von der Opposition: Arbeiten Sie doch einmal konstruktiv mit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Aus aktuellem Anlass sei mir ein Hinweis an das Auditorium gestattet: Ich bin nicht erkältet, sondern ein Räuspern meinerseits hat unmittelbar etwas mit der Redezeit zu tun.

Jetzt hat als nächster Redner für die Fraktion der AfD der Kollege Beckamp das Wort. Bitte schön.

Roger Beckamp (AfD): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gut Ding will Weile haben. Es hat mit Blick auf die bisherigen Änderungen durch Rot-Grün eine ganze Weile gedauert. Ich glaube, es waren knapp sieben Jahre, und sie sind immer noch nicht ganz umgesetzt. Insofern ist der Plan, sich jetzt einen Aufschub von einem Jahr vorzunehmen, sehr ambitioniert, aber genau richtig.

Das, was Sie vorhaben, nämlich all das, was jetzt vorgesehen ist, noch einmal genau zu prüfen, ist zwingend. Hier ist schon einiges Richtige gesagt worden, was die Themen „Barrierefreiheit“, „Stellplätze“ usw. anbelangt; ich muss es nicht wiederholen. Wenn Sie wirklich bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, und das schnell, dann ist das der Weg: Ich baue alles ab, was daran hindert.

Nur ein Hinweis an die Herrschaften von CDU und FDP: Vielleicht ist es sogar eine Überlegung wert, mit

Blick auf die Genehmigungsverfahren und Bebauungspläne darüber nachzudenken, die Erstellung von Bebauungsplänen weitgehend an Projektentwickler von außen zu geben. Im Ausland ist das durchaus der Fall, zum Beispiel in Holland. Es gibt viele Projektentwickler, die bereit und in der Lage sind, so etwas nach Vorgaben der Gemeinden zu machen.

Dann werden Sie noch schneller Wohnungen bauen können und Beton in die Grube bekommen. Insofern unterstützen wir diesen Aufschub. Er ist genau richtig. Wir werden den Prozess konstruktiv begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Beckamp. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Remmel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Verabschiedung der Landesbauordnung in der letzten Legislaturperiode hat Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern – schauen Sie sich deren Bauordnungen einmal an – mit die modernste Landesbauordnung bekommen.

Dass Sie diese jetzt aufschieben wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Ministerin, ist nichts anderes als das Gegenteil dessen, was Sie sonst so lauthals verkünden, nämlich Entfesselung. Sie fesseln. Sie verhindern Investitionen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Mindestens schieben Sie sie für die nächsten zwei Jahre auf. Es ist nicht nur das Moratorium, welches die Investoren zum Nachdenken bringt. Die Kommunen sind derzeit übrigens dabei, entsprechende Verordnungen daraus auszuleiten und zu gestalten. Wir reden insgesamt über zwei Jahre, in denen notwendige Investitionen in Nordrhein-Westfalen verhindert werden. Insofern ist es ein Fesselungs- und Investitionsverhinderungsgesetz, welches Sie mit diesem Moratorium auf den Weg bringen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sie sagen immer, nein, das habe mit Verhinderung nichts zu tun. Schauen Sie doch einmal im Wörterbuch nach, was Moratorium heißt; das ist doch ganz einfach. „Morari“ heißt aufhalten, verzögern. Genau das tun Sie. Sie verzögern notwendigen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer hat denn sieben Jahre lang alles verzögert und aufgeschoben? Das waren Sie! – Zurufe von der CDU)

– In der ganzen Diskussion, Herr Witzel, wird darum herumgeschwemmt, worum es eigentlich geht. Im Ausschuss waren die Kolleginnen und Kollegen und auch die Ministerin bzw. der Staatssekretär sehr viel offener.

(Jochen Ott [SPD]: Genau! Sehr offen!)

Es geht schlicht und einfach darum, die Möglichkeiten für Behinderte wieder beiseitezuschieben.

(Jochen Ott [SPD]: Genauso ist es! – Weitere Zurufe)

Sie sollen sozusagen aus der Stadt hinausgeschoben werden, weil Behinderte in Ihren Augen Wohnungsbau verhindern. Das ist die These, die Sie aufgestellt haben. Deshalb brauchen Sie das Moratorium, weil Sie das nicht offen sagen wollen. Darum geht es.

(Zurufe von der CDU)

Herr Hovenjürgen, sonst tragen Sie immer die Beteiligung der Betroffenen vor sich her. Wo sind denn hier die Betroffenen beteiligt worden? Es hat noch nicht einmal eine Anhörung der Verbände gegeben. Keine Verbändeanhörung zur Meinungsbildung der Landesregierung! Das steht im Übrigen in der Geschäftsordnung der Landesregierung. Die hat nicht stattgefunden. Keine Beteiligung der Betroffenen! Wie will denn die Landesregierung abwägen, ob das im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist, insbesondere der Behinderten, wenn noch nicht einmal die Sozialverbände und die Kommunen angehört worden sind?

Wann und wie soll das stattfinden? Mich würde an dieser Stelle auch die Meinung des Sozialministers interessieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Von der Seite hören wir überhaupt nichts. In der Vergangenheit war die Frage der Inklusion von Behinderten bei der Landesregierung, jedenfalls beim Sozialminister, gut aufgehoben. Was also sagt der Sozialminister hierzu?

(Daniel Sieveke [CDU]: Sie sagen gar nichts!)

All diese Fragen sprechen klar dafür, dieses Moratorium nicht zu machen. Deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aussprache liegen mir nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/493**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Ich frage, ob es hierzu die Zustimmung des Hohen Hauses gibt. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig so angenommen worden.

Wir kommen zweitens zur **Überweisung des Antrags Drucksache 17/512** der Fraktion der SPD. Der Ältestenrat empfiehlt auch hier die Überweisung des Antrags an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, der AfD und von Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 19 erledigt und kommen zu:

20 Fünftes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/491

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Reul das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Herbert Reul, Minister des Innern: Frau Präsidentin! Die Landesregierung hat großes Vertrauen in unsere Polizei, in ihr Handeln und in ihr Wirken. Dieses Vertrauen wollen wir fördern und auch nach außen dokumentieren. Die Kennzeichnungspflicht ist genau das Gegenteil, nämlich ein Ausdruck des Misstrauens. Deshalb sehen wir die Abschaffung als einen logischen Schritt an. Die entsprechende Vorlage liegt Ihnen vor. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister, für die Einbringung. – Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen, sodass wir direkt zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/491** an den **Innenausschuss zu überweisen**, kommen können. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU,